

**US-DROHNENANGRIFFE**  
**Vorwürfe**  
**gegen die**  
**Bundeswehr**

**New York.** Auch nach Ende des Nato-Kampfeinsatzes in Afghanistan soll die Bundeswehr laut „New York Times“ in US-Drohnenangriffen gegen Terrorverdächtige verwickelt sein. Die Zeitung bezieht sich auf Angaben von zwei hochrangigen westlichen Offizieren. Demnach sollen deutsche und schwedische Soldaten in der Operationszentrale des Nato-Hauptquartiers in Kabul von den Amerikanern in die Zielauswahl einbezogen worden sein.

**Dementi aus Berlin**

Das Bundesverteidigungsministerium wies den Bericht zurück. Es gebe in der Operationszentrale zwar einen deutschen Verbindungsoffizier. Der habe aber nichts mit der Zielerfassung für die Drohnenangriffe zu tun. Laut „New York Times“ erfolgt die Zielerfassung über Bildschirme in der Operationszentrale. Dort seien deutsche Offiziere von ihren US-Kameraden aufgefordert worden, mit darauf zu achten, dass keine Zivilisten getroffen werden.

Der Nato-Kampfeinsatz in Afghanistan ist seit Anfang 2015 offiziell beendet. Er wurde von der Ausbildungsmission „Resolute Support“ abgelöst, an der 800 Bundeswehr-Soldaten beteiligt sind. Die US-Drohnenangriffe gegen Terrorverdächtige in Afghanistan, Pakistan, Jemen oder Somalia sind umstritten, weil es sich um gezielte Tötungen ohne Gerichtsurteil handelt. (dpa)

# Vorschrift oder Bevormundung?

**STUDIO DUMONT** Hitziger Schlagabtausch über den Koran und das muslimische Kopftuch

**Köln.** Es gibt Muslimas in Deutschland, die ein Kopftuch tragen. Andere haben es nach langer Zeit wieder abgelegt, und wiederum andere haben ihre Haare, den Hals und die Schultern nie verborgen. Die Gründe dafür oder dagegen sind vielfältig: Religiöse Pflicht, die aus dem Koran abgeleitet wird, Tradition in der Familie, Ausdruck von Selbstbestimmung oder ein Bekenntnis zum politischen Islam führen Befürworter als Argumente an. Gegner erwidern, dass Frauen sich durch das Kopftuch eingeschränkt oder beobachtet fühlen.

Auch die Teilnehmerinnen der Podiumsdiskussion zum Thema „Kopftuch“ im bis auf den letzten Platz gefüllten studio dumont waren ganz und gar nicht einer Meinung. Es wurde hitzig diskutiert

über das Kopftuch, den Koran und den Islam. Astrid Wirtz, Politik-Redakteurin des „Kölner Stadt-Anzeiger“, leitete das Gespräch. Auf dem Podium saßen Houaida Taraji (Frauenbeauftragte des Zentralrats der Muslime in Deutschland) und Rabeya Müller (muslimische Theologin) – jeweils mit Kopftuch. Lale Akgün (Ex-Islambeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion) und Emel Zeynelabidin (Aktivistin) zeigten ihr Haupthaar. Zeynelabidin hatte 30 Jahre lang „ohne Probleme“ Kopftuch getragen und es anschließend abgelegt. Ihrer Meinung nach kann der Koran nicht als Argument für das Kopftuch angeführt werden: „Wir

leben heutzutage einen interpretierten Islam.“ Es sei wichtig, zu schauen, in welcher Zeit man lebe, wo man lebe und was die Bedürfnisse der Gesellschaft seien. Seitdem sie nicht mehr als Muslima erkannt werde, habe sie selbst einen ganz anderen Blick auf die Welt. Sie wolle nicht abhängig von Gelehrten sein und ihren Glauben selbst bestimmen können.

Rabeya Müller, die sich vor fast 40 Jahren für den Islam entschieden hat, betonte immer wieder, dass ihrer Meinung nach jede Muslima selbst entscheiden dürfe, ob sie ein Kopftuch tragen möchte oder nicht. Sie lebe einen liberal ausgerichteten Islam und sei der Ansicht, dass entspre-

chende Stellen im Koran – etwa, dass Frauen einen Teil ihres Körpers bedecken sollen, damit sie nicht belästigt würden – verschieden interpretiert werden könnten. Heutzutage sei eher das Gegenteil der Fall – muslimische Frauen mit Kopftuch würden in der Öffentlichkeit teilweise angestarrt oder belästigt.

Lale Akgün sprach sich gegen das Kopftuch als Symbol des politischen Islam aus. Das Tuch sei Teil eines antiquierten Frauenkonzepts und ein „Zeichen des Patriarchats“. Akgün und Taraji gerieten häufiger aneinander, denn für Taraji gehört das Kopftuch zur Ausübung ihres Glaubens zwingend dazu. Auch in der Koran-Auslegung gibt es ihrer Meinung nach nur wenig Spielraum. (beq)

**studio dumont:**  
**Der Streit ums Kopftuch**



**LALE AKGÜN**

„Ich bin der Meinung, Religion muss sich meinem Leben anpassen und ich nicht mein Leben der Religion.“



**HOUAIDA TARAJI**

„Wenn ich den Islam konform leben möchte, gehört das Kopftuch dazu. Es ist ein Teil von mir.“



**EMEL ZEYNELABIDIN**

„Wir Muslimas machen uns mit der Verhüllung in der heutigen Gesellschaft zu einer Minderheit.“  
Fotos: Stefan Worrington



**RABEYA MÜLLER**

„Eine Muslima mit Kopftuch muss keine schlechtere Demokratin sein. Eine Muslima ohne Kopftuch ist keine schlechtere Muslimin.“

**FRANK&FREI**  
**Papstkenner Politi**  
**über Franziskus**  
**und seine Feinde**

**Köln.** Vier Wochen noch, dann beginnt in Rom die Synode zu Fragen von Ehe und Familie. Papst Franziskus sieht das Bischofstreffen als Teil seines Reformprogramms für die katholische Kirche. Damit verhält es sich freilich so wie mit der Dunkel-Achterbahn im Brühler Fantasieland: Man spürt das Tempo und die Bewegung, weiß aber nicht, was als Nächstes kommt, und schon gar nicht, wohin die Fahrt geht.

Einer, der den Vergnügungspark namens Vatikan mit seinen Attraktionen so gut kennt wie kaum jemand sonst, ist der deutsch-italienische Journalist und Autor Marco Politi. In seinem neuen Buch „Franziskus unter Wölfen“ charakterisiert er die theologische, kirchenpolitische und persönliche Statur von Papst Franziskus und geht insbesondere der Frage nach, wer ihm innerhalb und außerhalb der römischen Kirchenzentrale das Leben schwer macht. Im Rahmen der Talk-Reihe „frank&frei“ spricht Politi mit KStA-Chefkorrespondent Joachim Frank über Widerstände in der Kurie und im hohen Klerus, bei konservativen Theologen und „Ratzingerianern“. (jf)

**frank&frei:** Franziskus unter Wölfen, mit Marco Politi, am Dienstag, 8. September, ausnahmsweise bereits um **15 Uhr** (Einlass 14 Uhr) im studio dumont, Breite Straße 72, 50667 Köln. Der Eintritt ist frei. Beschränkte Platzzahl, kein Anspruch auf Zutritt.

## Ärzte vermissen Mut zu Klinikreform

**MEDIZIN** Warnung vor einem Personalmangel

**Berlin.** Ärzteorganisationen haben der Bundesregierung fehlenden Mut bei der Krankenhausreform vorgeworfen. „Wer eine Qualitäts-offensive ausruft, der muss auch den Mut zur Qualität haben“, erklärte der Präsident der Bundesärztekammer, Frank Ulrich Montgomery, am Freitag in Berlin. Ärztekammer und die Ärztegewerkschaft Marburger Bund warnten vor massivem Personalmangel und Überforderung der Mitarbeiter. Sie äußerten sich im Vorfeld einer Bundestagsanhörung zum geplanten Krankenhaus-Strukturgesetz.

Eine jährliche Steigerung der Patientenzahlen von zwei Prozent auf mehr als 19 Millionen, die gleichzeitige Verkürzung der Verweildauer und immer mehr Notfallpatienten hätten zu immenser Arbeitsverdichtung und Mehrarbeit geführt, so Montgomery. „Ärzte und Pflegekräfte arbeiten am Limit.“ Notwendig seien ge-

setzliche Regelungen zur Refinanzierung der Tarifabschlüsse sowie zur Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

„Fest steht, dass der Finanzierungsbedarf der Krankenhäuser in einer älter werdenden Gesellschaft weiter steigen wird“, so der Ärzte-Chef. Immer noch aber müssten Kliniken in erheblichem Maße Finanzmittel, die für die Patientenversorgung bestimmt sind, für dringend notwendige Investitionen verwenden, weil die Bundesländer ihren Investitionsverpflichtungen seit Jahren nicht nachkämen. „Die Investitionsmittel der Länder sind seit 1991 um rund 30 Prozent gesunken. Das daraus entstandene Defizit beläuft sich bundesweit mittlerweile auf mehr als 30 Milliarden Euro.“

Kritisch äußerte sich Montgomery auch zu den geplanten Regelungen zur Qualitätssicherung. Künftig sollen Qualitätszuschläge und -abschläge für Leistungen eingeführt werden, die in außerordentlich guter oder unzureichender Qualität erbracht werden. Die bisherigen Erfahrungen mit solchen Pay-for-Performance-Ansätzen seien alles andere als überzeugend. „Insbesondere Krankenhäusern, die multimorbide Patienten mit hohem Betreuungsaufwand bei gleichzeitig ungünstiger Prognose behandeln, droht eine systematische Benachteiligung.“

Der Marburger Bund forderte eine Personaloffensive und warnte vor einer Wartelistenmedizin. Als Irrglauben bezeichnete der Verband der angestellten und beamteten Ärzte die Erwartung, ein Abbau von Kapazitäten führe automatisch auch zu Strukturverbesserungen. (kna)



Ärzte befürchten Personalmangel



**PATEK PHILIPPE**  
GENEVE

## Beginnen Sie Ihre eigene Tradition. Entdecken Sie die Welt von Patek Philippe bei Juwelier Wempe.

Der Geschäftsführer Jochen Siemer heißt Sie herzlich willkommen  
in unserem neuen Patek Philippe Corner.



Jahreskalender Ref. 4947G

# WEMPE

FEINE UHREN & JUWELEN

Köln · Hohe Straße 66 · Telefon 0221.25 70 440  
Hamburg London Madrid Paris Wien New York wempe.de